

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 716.

Dienstag, 13. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Abonnement-Büro
Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen
Hannover
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Bremen & Bremen
Hannover & Bremen
in Berlin:
J. Reimann, Schleswig
in Bremen: Emil Heitkötter

1874.

Amtliches.

Berlin, 12. Okt. Der König hat dem als Mitglied der k. Generalverwaltung des kurfürstl. Haushofdecommis in Kassel anestellten Hofrat Rosenblath den Charakter als k. k. Hofrat verliehen.

Bei dem "D. Reichs- und R. Preuß. St.-Amt" ist dem bish. Redakteur und Kandidaten Rechnungs-Math. Schwieger unter Belassung der Kandidatur die Stelle eines Vorstehers übertragen worden. Ferner sind angestellt: Der bish. Mitredakteur Prehn als Redacteur, die bish. Bureau-Amt. Kefel und Scholz als Expedienten.

Dem ord. Lehrer Dr. Friedrich Blay aus Marienfließ-Gymnasium zu Stettin ist das Prädikat "Professor" beigelegt, die Wahl des Gymnasiastchters Dr. Gustav Nissermann in Koblenz zum Rektor des Brogninnaeum in Rheinbach bestätigt, der erste Lehrer Uriah am Seminar zu Waldau in gleicher Eigenschaft an das ev. Schullehrer-Seminar zu Br. Friedland versetzt, die Vergebung des Rechtsanwalts und Notars Schlichting in Schlawe in P. an das Kreisger. in Berlinberg auf dessen Antrag verliehen worden, der Notar Borren in Elberfeld in gleicher Amtsgegenwart in den Friedensgerichtsbezirk Grevenbroich, im Landger. Br. Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Beuelingen überwiesen, der Ref. Dr. juris. Julius Richard Hossler in Frankfurt am Main auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Br. des kgl. Appell.-Ger. dafelbst, unter Ausweitung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Schwerin, 12. Oktober. Der Kaiser wird, nach den hier bekannten Dispositionen, am 21. d. Abends in Ludwigslust eintrifffen, an den am 22. und 23. d. bei Ludwigslust stattfindenden Tagden Theil nehmen und am Morgen des 24. d. wieder abreisen.

Eisenach, 12. Oktober. In der heutigen Vormittagsitzung des Vereins für Sozialpolitik referirte Kalle (Biebrich) über Invaliden- und Altersklassen.

Dieser begründete seine Thesen, daß die gesetzliche Regelung des Rentenfassens dringend erforderlich, daß die staatliche Anerkennung von Rentenklassen und die Erteilung von Korporationsrechten an diefe von Einhaltung der zu erlassenden geistlichen Vorschriften über Bildung und Verwaltung derer selbst abhängig zu machen sei, daß die Errichtung von Kassen, wenn vorausgesetzt innerhalb eines geistlichen Territoriums durch freiwillige Vereinigungen nicht gebilligt sind, durch unter staatlicher Mitwirkung geschaffene Verbände stattzufinden habe und daß nach Ausschöpfung des Umfangs, in welchem die Errichtung von Kassen vorbereitet, für alle Lohnarbeiter, auch für diejenigen der Landwirtschaft, die Verpflichtung eintreten müsse, einer Rentenkasse beizutreten. Franz Dunfer, welcher an Stelle des erkrankten Mor. Hirsch das Korrektoral übernommen hatte, sprach sich für die Einführung von Gewerbevereinssassen aus und erklärte ebenfalls die scholastische Regelung des Rentenkassenwesens der Arbeiter durch die Reichsgesetzgebung für gegeben. Im einzelnen verlangte er die Aufstellung von Normativbewegungen für die Errichtung der Kassen, wonach eine obrigkeitsliche Konzession für diefe nicht erforderlich und ihre Verbindung mit bestehenden anderen Vereinen zulässig sein soll. Den Kassen soll ferner die vollständige Selbstverwaltung unter Mitwirkung staatlich approbierten Sachverständiger eingeräumt werden. Denjenigen Mitgliedern, welche aus anderen Gründen als wegen Nichterfüllung ihrer Beitragspflicht ausgeschlossen werden, soll eine Entlastung gewährt werden. Über die Anträge der beiden Referenten fand eine längere Debatte statt, in welcher Held, Knauer und Wagner-Berlin für die Einführung von Zwangskassen, Müller, Eras und Engel (Berlin) gegen die Errichtung obligatorischer Kassen sprachen. Eine Beschlussschrift wird erst in der heutigen Abend-Sitzung stattfinden. — Nach Schluss der Debatte stellte Engel (Berlin) noch den Antrag, bei dem preußischen Handelsministerium eine Bekanntmachung der Erörterungen der von demselben angestellten Enquête über das Arbeiterpensionswesen nachzuführen, und beantragte ferner eine aus Mitgliedern des "sozialpolitischen Vereins" und der volkswirtschaftlichen Gesellschaft bestehende gemeinschaftliche Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für gesetzliche Regulierung der Arbeiter-Invalidenfassen zu wählen.

Haag, 12. Oktbr. In der Sitzung der zweiten Kammer wurde heute von den Deputirten van Eck und Brodus ein Antrag betreffend die Errichtung eines allgemeinen internationalen Schiedsgerichts eingehoben, dessen Berathung bei Gelegenheit der Diskussion des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheit erledigt werden soll.

Paris, 12. Oktober. Laut "Opinion" erhielt Thiers den höchsten russischen Titelorden.

London, 12. Oktober. Die "Times" meldet aus Konstantinopel vom 10. d., die Pforte habe offiziell jedwede Verfolgung von Muselmanern, die zur christlichen Religion übergetreten seien, in Abrede gestellt und dem englischen Botschafter gegenüber erklärt, daß die durch den Firman von 1856 den Angehörigen der sämmtlichen verschiedenen religiösen Bekennnisse zugestandenen Schutzprivilegien auf das Strengste respektiert werden würden. Die Pforte kann nicht gestatten, daß der Übertritt zu einem anderen Glaubensbekennnis von der Abteilung der Militärdienstpflicht befreie, sie werde in solchem Falle aber die Ausübung der Dienstpflicht durch Stellvertreter gestatten.

London, 12. Oktober. Der "Times" gibt eine genaue Analyse der neuerdings seitens des spanischen Gesandten der französischen Regierung überreichten Note zu.

In derselben wird zunächst das Bedauern ausgesprochen, daß die Hoffnungen bezüglich einer veränderten Haltung der französischen Behörden gegenüber den Carlistern sich nicht erfüllt hätten, obgleich zwischen der Anerkennung der spanischen Regierung seitens Frankreichs erfolgt sei. Es wird konstatiert, daß das Verhalten der in den Grenzdistriften fungirenden französischen Beamten im Widerspruch steht mit den freundsaftlichen Zusicherungen, welche der Herzog v. Decazes der spanischen Regierung gemacht habe. Spanien müsse daher die Aufmerksamkeit des Ministers auf diese Thatsachen lenken. Es werden hierauf speziellere Beschwerden vorgebracht über die wenig strenzen Maßregeln zur Verhütung der Kontrebande an der Grenze. Spanien habe sich zwar auch über eine andere Nation zu beklagen, welche den Carlistern ebenfalls Waffen und Munition liefere. Klein dieser Fall sei doch ein ganz anderer, weil die Schiffe, mittelst derer der Waffentransport bewerkstelligt werde,

den Busällen einer langen Seefahrt ausgesetzt seien. Die Begünstigung der Karlisten Seiten des französischen Regierung sei eine ganz augenscheinliche und zwar habe sich dieselbe schon behauptigt zur Zeit, als Don Carlos nach seiner Niederlage bei Orozqueta sich auf französisches Gebiet habe flüchten müssen. Einen besonderen Beschwerdegrund bilde das Verhalten gegenüber Elzarraga; wenn auch zugegeben werden könne, daß derselbe im Besitz eines rechteckigen Passes gewesen sei, so hätte derselbe doch keinesfalls für sein aus. 29 Personen hätten die französische Regierung rechtzeitig von dieser mi-brächlichen Ausdehnung dieses Passes unterrichtet, jedoch ohne Erfolg. Die Unwissenheit Don Carlos' in Bayonne und Pau sei durch den spanischen Konsul der französischen Regierung bereits vor dem 2. Mai 1872 mitgetheilt worden und trotzdem sei seinem Auftrage auf Verhaftung des Präfekten keine Folge gegeben worden. Weiter wird angeführt, daß Baron de la Torre und Herzog de la Roche nicht interniert worden seien, obgleich sie nachgewiesenermaßen in Pau und Bordeaux Waffenläufe für die Carlisten bewirk hätten. Bezuglich der Pferdeausfuhr von Frankreich nach Spanien müsse Spanien den Anspruch erheben, daß jeder Transport, welcher nicht durch Spanien genehmigt sei, verboten werde. Nachdem noch auf die Thatshabe hingewiesen ist, daß bis in die neueste Zeit in Bayonne carlistische Briefmarken öffentlich verkauft worden, kommt die Note zu der Schlusfolgerung, daß ein Wechsel der Beamten in den Gendarmeriepartements, sowie absolute Ausweisung a. a. Carlisten aus dem französischen Gebiete und ein Zusammenspiel a. beträchtlicher französischer Streitkräfte mit den spanischen Truppen erfolgen müsse.

Petersburg, 12. Oktober. Soeben ist eine neue Zahlung der Juden in Russland und Polen vorgeschrieben worden, um das neue Militärgezetz besser durchführen zu können.

Newyork, 11. Oktober. Dem "Newyork Herald" zufolge ist die Lage der Dinge in Louisiana eine sehr bedenkliche und sieht der Ausbruch neuer Feindseligkeiten zwischen Weißen und Schwarzen zu erwarten. Der Zugang von Negern wird auf 15,000 angeschlagen.

Die Verhandlungsgegenstände für die nächste Reichstagsession.

Wegen der Verhandlungsgegenstände für die nächste Reichstagsession richten viele Wünsche auf; unter Anderm wird gehofft an die Revision des deutschen Strafgesetzbuches, von welcher in der vorangegangenen Session wiederholt die Rede gewesen und deren Vorbereitung angekündigt worden ist. Aus Mecklenburg wird gebeten, daß Vereingesetz nicht zu verschieben, sondern in der nächsten Session schon zu erledigen. Von anderen Seiten werden andere gleich wichtige Gegenstände in erster Linie betont. Hiergegen müssen wir jedoch daran erinnern, daß es seit Jahren an dringendem Stoff für die Gesetzgebung nicht gefehlt hat und auch dieses Mal nicht fehlt; Mangel an Zeit allein ist hinderlich. Der Reichstag hätte freilich schon seit dem Beginn des Monats Oktober einberufen werden sollen, wenn nur der Bundesrat die Verhandlungsgegenstände genügend vorbereitet hätte. Es scheint jedoch, daß es nicht hat gelingen wollen, die gesammelten Arbeiten bis zu dem anfänglich in Aussicht genommenen Eröffnungstermin für den Reichstag fertig zu stellen. Bei der kurzen Frist, welche dieses Mal für die ununterbrochenen Verhandlungen der Session übrig bleibt, ist es allerdings vor Alem und auß Dringendst notwendig, daß dem Reichstage sofort bei seinem Zusammentreten das gesammelte Material unterbreitet werde. Wir sprechen natürlich nicht von Gegenständen untergeordneter Art oder von Angelegenheiten der laufenden Verwaltung, welche während der Session reif werden können und zur sofortigen Erledigung gelangen; dagegen gesetzgeberische Arbeiten von erheblichem Umfang und hervortretender Wichtigkeit kann der Reichstag nur dann mit Aussicht auf Förderung in Verhandlung nehmen, wenn die Vorlegung beim Zusammentritt oder unmittelbar darauf erfolgt; spätere Vorlagen können nicht mehr den Ernst auf sich ziehen, welcher auch nur zu einer glücklichen Förderung der Angelegenheit beitragen möchte. Nicht jede Diskussion oder Kommissionsberathung gereicht einem Gesetzgebungsstoff zum Vortheil; wenn das eine oder andere Stadium in Übereinstimmung durchlaufen wird, so kann von einer solchen Verhandlung unter Umständen mehr Beschädigung als wirkliche Förderung sich ergeben. Leicht werden dann Beschlüsse oder sonst wichtige Äußerungen verhängt, die der zukünftigen Gesetzgebung eine schädliche Wendung geben.

Wenn nun für den nächsten Reichstag allem Vermuthen nach diejenigen Justizgesetze, die untrennbar von einander sind, ferner das Bankgesetz, das Budget mit seiner ersten Spezialisirung des Militärateats und einer umfangreichen Forderung für die Marine und endlich noch die lange vorbereitet, aber noch nicht zum Abschluß gelangten Gesetze über die Verwaltung des Reichsvermögens und über den Reichsrechnungshof vorgelegt werden, so bleibt gewiß wenig Zeit dazu übrig, um an die Erledigung noch anderer Gesetze von hervorragender Wichtigkeit zu denken und, wäre noch Zeit genug übrig, so sind gewissermaßen ältere Gesetze noch vorwirt, deren Erledigung nicht allzu lange wird auf sich warten lassen dürfen.

Wir erinnern nur beispielweise an das Gesetz über die Versicherungs-Gesellschaften und an das Gesetz über die gewerblichen Hörfakten, für dessen Erlass sogar ein gesetzliches Versprechen bereits unter dem norddeutschen Bunde vereinbart worden ist. — Was nun besonders die beiden hervorgehobenen Gegenstände betrifft, so würde eine nicht genügend vorbereitete Revision des Strafgesetzbuchs die angeblich jetzt vorhandenen oder geglaubten Mißstände nur noch vermehren. Eine "Vision" des Strafgesetzbuchs war gleich beim Erlass desselben in Aussicht genommen und war nicht in Hinsicht auf bestimmte Punkte, sondern als eine Übersicht der gemachten Erfahrungen und vernünftige Beurtheilung, in wie weit die erste Gesetz-

gebung an der Hand der Erfahrungen zu korrigiren sein möchte; ohne so gereifte Erfahrungen würden etwaige Korrektiv-Bestimmungen über das Strafgesetzbuch keine Revision, sondern ein selbständiges Gesetz sein. Die Vorbereitungen jedoch für eine Revision können gewiß noch nicht gereift sein, was wir schon daraus entnehmen, daß über etwaige Gutachten der Regierungen und Gerichte bisher noch nichts in die Öffentlichkeit gebrungen ist.

Was das Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht betrifft, so erkennen wir allerdings an, daß in Mecklenburg der dringendste Wunsch vorhanden ist, den schleunigen Erlass eines solchen Gesetzes zu wünschen, weil Mecklenburg der einzige deutsche Staat ist, der in diesen Rechten verfassungsmäßig noch am meisten verstimmt ist; indessen wir haben uns hierüber bereits dahin ausgesprochen, daß wir, so dringend notwendig auch eine einheitliche Gesetzgebung auf diesem Gebiete ist, doch den Erlass eines Reichsgesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht erst dann für zweckmäßig erachten können, wenn die in Frage kommenden Verhältnisse von allen Seiten genau erwogen sein werden und eine sorgfältige Zusammenstellung des Materials dem Reichstag vorliegt; ohne eine solche kann der Reichstag mit irgend welchem Nutzen nicht einmal in die Diskussion dieser Materie eintreten; für diese Session muß also auf eine solche verzichtet werden. (BAC.)

Reglement betreffend das internationale Post-Bureau.

Als von allgemeinem Interesse theilen wir nach der "Kön. Btg." aus dem Reglement betreffend die Ausführung des allgemeinen Postunionvertrags, noch dessen Artikel 28 mit, welcher die Bestimmungen über das "Internationale Post-Bureau" enthält. Er lautet:

1. Die Ober-Postverwaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft ist für die Organisation des durch Art. 15 des Unionsvertrags eingestellten Internationalen Bureaus bezeichnet. Dieses Bureau tritt in Funktion, sobald die Ratifikationen des Vertrags ausgetauscht sein werden.

2. Die gemeinwohlfürstlichen Kosten des internationalen Bureaus sollen jährlich die Summe von 75,000 Frs. nicht übersteigen, nicht inbegriffen die Spezialkosten, zu welchen die periodischen Einberufungen des Postkongresses Anlaß geben werden. Mit Zustimmung sämtlicher kontrahirenden Verwaltungen kann diese Summe später vermehrt werden.

3. Die im § 1 bezeichnete Verwaltung überwacht die Ausgaben des internationalen Bureaus, macht die notwendigen Vorschüsse und stellt die jährliche Rechnung auf, welche sämtlichen anderen Verwaltungen mitgetheilt wird.

4. Für die Vertheilung der Kosten werden die kontrahirenden Länder und diejenigen, welche später zum Beitritt zur Postunion zugelassen werden, in sechs Klassen getheilt, welche nach Verhältnis einer gewissen Anzahl Einheiten beurtheilt haben, als:

1. Klasse 25 Einheiten, 2. Klasse 20, 3. Klasse 15, 4. Klasse 10, 5. Klasse 5, 6. Klasse 3.

5. Diese Koeffizienten werden mit der Zahl der Länder jeder Klasse multipliziert und die Summe des so erhaltenen Extrages giebt die Zahl der Einheiten, aus welcher die Total-Ausgabe zu theilen ist. Der Quotient giebt den Betrag der Einheit der Ausgabe.

6. Die kontrahirenden Länder sind für die Vertheilung der Kosten wie folgt klassifiziert:

1. Klasse: Deutschland, Österreich-Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland, Türkei; 2. Klasse: Spanien; 3. Klasse: Belgien, Ägypten, Niederlande, Rumänien, Schweden; 4. Klasse: Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweiz; 5. Klasse: Griechenland, Serbien; 6. Klasse: Luxemburg.

7. Das internationale Bureau dient für die regelmäßigen und allgemeinen Mittheilungen, welche den internationalen Verkehr interessieren, als Vermittler. Es empfängt gleicher Weise von jeder Verwaltung die über den innern Dienst veröffentlichten Dokumente.

8. Jede Verwaltung stellt dem internationalen Bureau am 1. Semester jeden Jahres eine vollständige Serie statistischer Aufnahmen, welche sich an das vorhergehende Jahr beziehen und nach der Anweisung des internationalen Bureaus, das zu diesem Zwecke vollständig vorbereitete Schemas vertheilen wird, unter der Form von Tabelle entworfen sind. Diese Aufnahmen vereinigt es zu einer allgemeinen Statistik, welche an sämtliche Verwaltungen vertheilt wird.

9. Mit Hilfe der ihm zur Disposition gestellten Dokumente redigirt das internationale Bureau ein besonderes Journal in deutscher, englischer und französischer Sprache.

10. Die Nummern dieses Journals so wie alle vom internationalen Bureau veröffentlichten Dokumente werden unter die Verwaltung der Union nach der in § 4 erwähnten Zahl der beisteuernden Einheiten verteilt. Exemplare und Dokumente, welche nach Kostenpreis zu bezahlen, werden nach Kostenpreis zu bezahlen. Verlangen dieser Art müssen zu günstiger Zeit gestellt werden.

11. Das internationale Bureau muß zu jeder Zeit den Unionsmitgliedern zu Gebote stehen, um ihnen auf Anfragen betreffend den internationalen Dienst die ihnen notwendigen besonderen Aufschlüsse zu ertheilen.

12. Wenn es den Verwaltungen die Lösung einer Frage, welche die Beistimmung sämtlicher Unionsmitglieder verlangt, vorliegt, so wird diejenigen, welche ihre Antwort nicht innerhalb 4 Monaten eingeschickt haben, als zufrieden betrachtet.

13. Die Verwaltung des Landes, in welchem der nächste Postkongress zusammenkommt, bereitet mit Hilfe des internationalen Bureaus die Arbeiten des Kongresses vor.

14. Der Direktor des internationalen Bureaus wohnt den Sitzungen des Kongresses bei und nimmt Theil an seinen Verhandlungen, jedoch ohne beratende Stimme.

15. Er erstattet über seine Geschäftsführung einen Bericht, welcher allen Unionsmitgliedern mitgetheilt wird.

16. Die offizielle Sprache des internationalen Bureaus ist die französische.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 12. Oktober. In der Arnim'schen Angelegenheit ist die erfreuliche Wahrnehmung zu konstatiren, daß die gesammte große

Presse mehr und mehr dahin kommt, sich von den verwirrenden Neuhengesichtspunkten rein politischer Natur loszumachen und die Sache in ihrer unmittelbaren thatächlichen Lage ins Auge zu fassen. Das Urtheil kann nur gerecht und zutreffend sein, wenn es sich vor Allem auf den Boden der unmittelbar vorliegenden Thatsachen stellt. Von diesem Standpunkt kommen fast alle bedeutenden Blätter jetzt zu der Anerkennung, daß Bismarck vor Allem eine Pflicht zu erfüllen hatte, indem er gegen das willkürliche und herausfordernde Verhalten Arnims einschritt. Dieser Standpunkt hat durch die inzwischen getroffene Entscheidung des Kammergerichts eine neue Bestätigung erhalten. Dass bei der Aufrechterhaltung der Verhaftung nur das dringende Interesse der Sache im Auge behalten werden, nicht eine unnötige Strenge gegen Arnim gelten werden soll, geht aus dem Beschluss hervor, den Inhaftirten einer Anstalt zu überweisen. Bisher hat jedoch dieser Beschluss nicht ausgeführt werden können, weil die in Vorschlag gebrachten Anstalten, auch die Maison de Santé in Schöneberg, nicht die Einrichtungen besitzen, die den durch die Verhältnisse geborenen Sicherheits-Rücksichten genügen. — Über die Eröffnung der Reichstag-Session finden sich noch immer ungenane Angaben in den Blättern. Feste Beschlüsse liegen noch nicht vor. Die neue Angabe, daß der 26. d. Mts. zur Eröffnung bestimmt sei, dürfte sich auch nicht bestätigen. Allerdings war dieser Termin in Aussicht genommen worden, doch hat sich herausgestellt, daß die Vorarbeiten für den Reichshaushalt-Etat und dessen Feststellung durch den Bundesrat einen längeren Zeitaufwand in Anspruch nehmen, als früher erwartet wurde. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge gilt es als wahrscheinlich, daß die Eröffnung des Reichstages mit dem Schluss dieses oder dem Anfang des nächsten Monats zusammenfallen wird. Auch die Nachricht, daß Fürst Bismarck schon in nächster Zeit (der 18.) in Berlin eintreffen werde, ist als entschieden irrig zu bezeichnen. Bis jetzt ist die Rückkehr noch in keiner Weise angezeigt worden. — Die Kaiserin von Russland ist auf ihrer Reise nach London in Breslau eingetroffen. Morgen wird sie Berlin passiren, doch wird nirgend ein offizieller Empfang stattfinden, sondern nach den Weisungen der hohen Reisenden überall das strengste Aufzusto aufrecht erhalten werden.

— Man schreibt der „Volks-Ztg.“: Der schriftliche Verkehr zwischen einer Regierung und ihrem Vertreter im Auslande wird bekanntlich in der Regel durch Deeschen vermittelt, die je nach den freundlichkeitslichen Beziehungen zwischen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem betreffenden Gesandten der Form nach in einem mehr oder minder vertraulichen Tone gehalten sind. Unter den von v. Jasmund veröffentlichten Aktenstücken über die orientalische Frage befinden sich zahlreiche, welche sich äußerlich in nichts von freundlichkeitslichen Privatbriefen unterscheiden und nur durch ihren Inhalt sich als wichtige auf die Entstehung und den Ausgang des Krimkrieges wesentlich einwirkende Aktenstücke dokumentieren. Wir erinnern nur an den (beim Ausbruch des Krimkrieges veröffentlichten) vertraulichen Briefwechsel zwischen Lord Palmerston, dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und Sir Seymour, britischem Gesandten in Petersburg, während der Jahre 1851 und 52. Keinem, auch nicht den zunächst Befürchteten, fiel es damals ein, dieselben als Privatbriefe und für die Würdigung der englischen Politik unmöglich zu bezeichnen. Die Usance im diplomatischen Verkehr, möglichst den bureauratischen Ton zu vermeiden und selbst den an die Gesandten gerichteten Instruktionen mehr die Form des Wunsches als des Befehles zu geben, ist gewiss nicht zu tadeln, sie beweist das hohe Vertrauen, welches in der Regel der Leiter der auswärtigen Politik eines Staates in seine Vertreter im Auslande setzt darf, und welches ihm gestattet, in ungebundener und desto klarerer Form seine Intentionen zum Ausdruck zu bringen.

Kolmar, 10. Oktober. Bei der Eröffnung des neuen Reichsjahrs in Elsaß-Lothringen hat am 6. d. M. der Generalprokurator Schneegans in einer feierlichen Sitzung des Appellationsgerichts zu Kolmar eine Rede gehalten, welche auf die gegenwärtig im Reichslande bestehenden Zustände interessante Schlaglichter wirft. Von politischer Bedeutung ist hauptsächlich, was über die Haltung der Bevölkerung, gegenüber den Behörden und den neu eingeführten Gesetzen gesagt wird. Die Lage scheint in dieser Beziehung so befriedigend zu sein, wie sie unter den eigenthümlichen Verhältnissen des Landes nur erwartet werden kann. Doch wird von dem Redner auch auf jene, namentlich in den unabhängigen Blättern herrschende Sicht, aufmerksam gemacht, an den Gesetzgebungsaltaten unter allen Umständen eine überwollende Kritik zu üben. Herr Schneegans erkennt darin den Ausfluss einer jeder geistigeren Thätigkeit abgeneigten Gemüttung.

„Diese Richtung im Lande“, sagt er, „halte ich für verfehlt und krankhaft. Die Welt kann nicht still gestellt werden. Wo wirkliche Bedürfnisse im Volke sich zeigen, müssen dieselben durch die Gesetzgebung befriedigt werden, und daß die erwähnten Gesetze nur aus dem Bedürfnisse hervorgegangen sind, beweist am besten der tägliche und freudige Gebrauch, den das Volk von denselben und insbesondere auch dann macht, wenn dies, wie z. B. bei dem Gesetz über die außergerichtlichen Theilungen von seinem freien Willen abhängt. Leider zeigen diejenigen Personen, welche vorzugsweise zur Fortbildung der Zustände berufen sind, die gegenwärtigen Vertreter des Landes im Reichstage, mehr Text, Begründer von Elsaß-Lothringen zu liefern, als im Wege der Gesetzgebung für das Land Erfreuliches zu schaffen; auch für die politische Entwicklung des Landes dürfte das Sammeln in dieser Gattung von Vertretern nicht zu finden sein.“

In Bezug auf die kirchlichen Zustände führte der Redner Folgendes aus:

„Es ist bekannt, daß die Bischöfe in Frankreich, statt der Welt den Frieden zu leben, zur Zeit es lieben, sich als Vormünder des Staates aufzuwerfen und in dieser Eigenschaft oder als Organe der Volksleidenschaften politische Umgestaltungen predigen. So hatte auch der Bischof von Nancy einen gegen die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in das deutsche Reich gerichteten Hirtenbrief erlassen und auch den deutschen Geistlichen seiner Diözese zur Vorlesung übersondet. Viele der letzteren — wenn auch nicht alle — entsprachen dieser Weisung und mißten daher durch die Gerichte in Meß und Zabern wegen Gefährung des öffentlichen Friedens, so wie auch der Bischof als intellektueller Urheber dieser Vergangenheit verurtheilt werden. Mit der Neuordnung der Diözesen wird diese Quelle für Vergangenheit zwar wegfallen, die Art der Vergangenheit selbst jedoch voraussichtlich nicht aufhören. Bei manchen der verfolgten Pfarrer trat nämlich eine so selbstständig feindliche Richtung hervor, daß dieselben auch ohne Hirtenbrief zu Angriffen übergehen werden, und außerdem haben auch Geistliche, welche ausländischen Bischöfen nicht unterstellt sind, ihrem Ministrum über die Grundsätze der deutschen Verwaltung, so wie über die Kirchenangelegenheiten anderer deutschen Staaten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Ausdruck gegeben.“

Herr Schneegans gelangt, nachdem er sich des längeren über das

Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland ausgesprochen, zu folgendem Schlusssatz:

Treten nun auch die Vergehen auf kirchlich-politischem Gebiet in Elsaß-Lothringen zur Zeit nur vereinzelt auf, so kommt doch hier in Betracht, daß der staatliche Verband des Landes mit dem Reich noch neu ist und, nach den Wahlen zu schließen, die radikale und ultramontane — also die dem Reich feindliche — Partei die herrschende ist. Sowohl es zahlreiche andersdenkende Männer und man kann wohl auch sagen, eine andersdenkende Partei; zur Zeit bildet dieselbe aber die Minderheit, und um die radikal ultramontane Partei zu überwinden, wird ne noch bedeutsamere Anstrengungen machen müssen, als dies bisher geschehen ist. Aber auch diese Partei gewährt zur Zeit der Reichsregierung noch keinen vollen Rückhalt, unterteilt vielmehr selbst noch den Schwung der Gefühlspolitik, wenigstens ist der Gedanke noch nicht zur vollen Geltung gekommen, daß die Erfüllung ihrer eigenen Ziele nur im engen Anschluß an die deutsche Reichsregierung und die ihr stützend zur Seite stehende Mehrheit im Reichstage liegt. So seien wir in uns außer dem Reich lange große Gefahren in Kampf und manche nicht vollständig gelärtete Verhältnisse. Bei solcher Lage ist es die Aufgabe der Juris, durch ernste Handhabung der Gesetze den öffentlichen Frieden zu erhalten und so dem Lande eine ruhige Entwicklung zu sichern.“

Paris, 10. Oktober. Die „France“ gibt heute folgende, wie sie behauptet, „vollständig genaue“ Ergebnisse der Wahlen vom 4. Oktober. Die austretenden Generäle waren zusammengestellt aus 621 Republikanern, 105 Bonapartisten, 300 Legitimisten, 295 Monarchisten, Orleanisten, die sich vor drei Jahren Konservativ-Liberale nannten, und die sich Septembristen nennen. Die am Sonntag gewählten Generäle bestehen aus 638 Republikanern, 130 Bonapartisten, 280 Legitimisten und 304 Monarchisten, Orleanisten, Septembristen. 74 engeren Wahlen müssen erfolgen. Dieser Aufstellung folge gewannen die Republikaner 63 Sitze und verloren 47, so daß sie einen Gewinn von 16 Stimmen haben. Die Bonapartisten wollen nicht mehr Hand in Hand mit den Septembristen gehen, daß sie nur als ein Hilfsmittel betrachten, um Frankreich auf die Wiederherstellung des Kaiserreichs vorzubereiten. Der „Ordre“ erklärt dieses bereits vor einigen Tagen und das „Pays“ führt seit gestern eine ähnliche Sprache. Was Mac Mahon dieser neuesten Haltung der Bonapartisten gegenüber thun wird, weiß man noch nicht. Wahrscheinlich wäre es jedoch, daß man wieder versucht, sich den konservativen Republikanern anzunähern. Im heutigen Ministerrathe, der über zwei Stunden dauerte, kam die Sache der Dinge zur Sprache, ohne daß jedoch endgültige Beschlüsse gefasst wurden. Dabei wurde auch die Reise des Herrn Thiers besprochen. Der Empfang, der ihm in Italien auch in offiziellen Kreisen wurde — das orleanistische „Journal de Paris“ ging vor einigen Tagen so weit, den „Besieger Frankreichs“ einen politischen „Djazet“ zu nennen —, hat den höchsten Horn erregt, und wie man denselben im heutigen Ministerrathe behandelte, geht zur Genüge aus einem Artikel hervor, der nach denselben abgeschafft und sofort an die „Presse“ zur Veröffentlichung gesandt wurde. Dieser Artikel, worin Thiers als der schlimmste Feind Italiens und des Königs Victor Emanuel dargestellt und gesagt wird, daß Italien das ihm erwiesene Gute eben so schnell vergesse, wie das ihm zugesetzte Böse, schließt folgender Maxe:

„Die Blätter des Herrn Thiers machen aus diesem angeblichen Triumphzug eine direkte Anklage gegen die französische Regierung. Deshalb treten wir aus dem Schweigen heraus und fragen: Welche Meinung haben Sie denn von Ihren Feinden? Werken Sie diefeinen überzeugen, daß es der Herzog Decazes war, welcher gegen die italienische Einheit jenen formidablen, mörderischen, unabänderlichen Krieg führte, und daß es Herr Thiers war, welcher den Dreyfus zurückwarf? Werden Sie diefeinen überzeugen, daß der gegenwärtige Präsident der Republik der anerkannte Chef der Anti-Monarchisten in Frankreich ist, und daß Herr Thiers durch den Sieg von Magenta die italienische Einheit sicherte? (Köln. Btg.)

Aus New-Orleans, vom 14. September, wird der ausbürgert „Alg. Btg.“ über die traurigen Verhältnisse der Südstaaten der nordamerikanischen Union Folgendes geschrieben:

Die Aufhebung der Sklaverei, die bürgerliche und politische Gleichberechtigung der Neger hat die Letzteren auf eine ebenbürtige und gleiche Stellung mit den weißen Bevölkerung in den südlichen Staaten erhoben. Allein das durch die frühere Sklaverei genährte Vorurtheil der Weißen gegen die schwarze Rasse will am keinen Fall die gleichberechtigte Stellung der letzteren dulden; es hat sich daher in mehreren südlichen Staaten eine weiße Rasse, eine „Weißmanns-Partei“ gebildet, deren Zweck darauf verichtet ist, die schwarze Rasse als eine untergeordnete von der Gesetzgebung und von den öffentlichen Amtmännern auszuschließen. Natürlich in dadurch unter den Negern, welche stolz sind auf die Errungenchaft der Menschenwürde sowie der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung, eine organisierte Opposition ins Leben gerufen worden, welche bereits zu blutigen Reibungen geführt hat. In den Südstaaten Kentucky, Tennessee, Louisiana, Mississippi, Arkansas, Alabama sind die von Weißen an Schwarzen verübten Vorwürfe an der Tagessordnung. Vanden von Weißen, in Bekleidung und Vermummung, überfallen bewaffnet die hervorragenden einflussreichen Negro-Familien, ermorden sie wie das Vieh oder treiben sie aus den Städten. Bei dem herrschenden Vorurtheil und Hass der Weißen gegen die Neger konnte sich weder ein Ankläger noch ein Gericht bereitwillig finden, diese barbarischen Gräuelt zur Unterwerfung und Bestrafung zu ziehen. Hauptläufig aber ist dieser Hass und das Vorurtheil noch durch die Civilrights-Bill geführt worden, welche im Senat des letzten Kongresses durchging, im Repräsentanten-Haus aber bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde. Diese Civilrights-Bill räumt den Negern volle gleiche Rechte zur Benutzung der öffentlichen Schulen, der Hotels, der Eisenbahnen und Dampfschiffe, der Theater, der öffentlichen Plätze und Begräbnisstätten etc. Allein diese gleiche Benutzung wollen die Weißen in keinem Falle den Negern zugestehen. Die Opposition dagegen ist so gewaltig, daß man der Niederstimmung dieser Bill und, selbst wenn sie im Repräsentanten-Haus durchgeht, des Votums des Präsidenten versichert sein darf. Die Bundesregierung hat jedoch in Folge der immer mehr zunehmenden Unordnung und Gräuelt in den südlichen Staaten endlich sich gedrängt gesehen, auf Grund der Enforcementakte von 1869 zur Durchführung der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung die Bundesmarschälle und Bundesanwälte streng anzuweisen: daß sie alle diese an den Negern verübten Verbrechen der Weißen vor den Bundesrichtern (nicht vor den Staatsgerichten) zur Untersuchung und Bestrafung sieben; außerdem hat die Bundesregierung das Bundesministerium in die oben genannten südlichen Staaten beordert und dossierte zur Verfügung der Bundesmarschälle und Kavallerie aufgestellt. Es steht daher zu erwarten, daß durch solche Maßregeln Ruhe, Sicherheit und Ordnung in den südlichen Staaten aufrecht werden erhalten werden. Es ist jedoch nicht in Abrede zu stellen, daß die politische Gleichberechtigung der Neger, namentlich in denjenigen südlichen Staaten, wo sie die Mehrheit haben, sich als ein unheilvoller politischer Schritt bewährt hat. Das Stimmrecht der unwissenden Neger-Race ist von ihren Führern missbraucht worden, um Betrüger an die Spitze der Regierung und Gesetzgebung, besonders in den südlichen Staaten Südkarolina, Louisiana und Mississippi zu stellen, so daß in diesen Staaten die Korruption, Wahlfälschung, Repudiation der Staatschule, Verbrennung der öffentlichen Fonds an der Tagessordnung sind. Angeklagts solcher Thatsachen macht sich daher eine Reaktion gegen die politische Gleichberechtigung der Neger geltend; der Ruf der demokratischen Partei, welche stets mit den südlichen Weißen gegen die Neger und für deren Unterdrückung

hauptaktiv hat, lautet jetzt allgemein: „Das Prinzip der Freiheit und Gleich-Berechtigung der Neger ist an allem diesem Unglück schuld.“ Allein das Prinzip der Freiheit und der gleichen Rechte ist ewig wahr; es ist ebenso gerecht als notwendig in einer demokratischen Republik. Solche arote Prinzipien lassen sich aber nicht durch ein bloßes Dekret zur Vollendung bringen. Und hierin lag der große Fehler des im März verstorbenen Staatsmannes Charles Sumner, des berühmten Verfechters der Rechte der Neger. Die Ketten der Sklaverei waren gebrochen, die bürgerliche und die politische Gleich-Berechtigung hergestellt, aber die Sklaverei hatte die Neger-Race demoralisiert und sie in der Schrecken ihres Unwissens erhalten. Dem humanen Charles Sumner war das Prinzip der Freiheit und gleicher Rechte Alles, es mangelte ihm aber die staatsmännische Weisheit, durch eine praktische Gesetzesgebung die demoralisierte, unwissende Race zu menschenwürdigem Wesen und zu würdigen Bürgern zu erziehen. Und noch jetzt sind diese traurigen Missstände nicht gehoben, da die Erziehungsfrage keine nationale sondern eine staatsrechtliche Pflicht der einzelnen Staaten ist, die aber mit wenigen Ausnahmen nichts oder nur wenig für die gehabte Neger-Race und deren Erziehung thut. Der Zustand der südlichen Staaten wird demnach wohl noch für lange Zeit ein verhängnisvoller bleiben.“

Soziales und Provinzielles.

Wosen, 13. Oktober.

— Eine Saul'schen Diebstahl wird aus Berlin gemeldet: Dringend veröfödig an dem bei Banker Saul'schen Diebstahl in Wosen sind: zwei Berliner, ein 7 Zoll großer starker Mann, ca. 45–50 Jahre alt, mit kurzen Haaren, brauen Augen, schwarzen Haaren, grauem Cylinder-hut (auch manchmal schwarzer Calabreier). 2) Ein dicker 3 Zoll großer Mann, 28–29 Jahre alt. Er ist barfuß, trägt schwarzen Cylinder-hut und brauen Sommertuchüberzieher. 3) Ein Pole, Schlosser, 26 Jahre alt, 4 Zoll groß, von unterseitigem Körperbau, bekleidet mit schwarzem Düsseldorf-Überzieher, dunkelbrauner Tuchmütze mit schalem Rand und schalem Deckel, weiß und roth farbtem Halstuch.

— Die Handelskammer hält heute eine Sitzung, in welcher die nachgezeichneten Gegenstände die Tagesordnung bilden: Beginn der Maximiliane in Frankfurt a. O., Rückum- und Stempelung von Fäfern, Feststellung eines Formulars für die Statistik der Wollmärkte, Einberufung des sechsten Deutschen Handelsstages nach Berlin, mehrere Anträge, betreffend einzelne Gegenstände der Tagesordnung des Handelsstages, Wochensitzordnung, Antrag wegen Wiedereinführung der Schulhaft, interne und persönliche Angelegenheiten.

— In Berlin ist am 11. d. der Kongress geworbet, der in Deutschland eröffnet worden. In Verbindung damit steht eine Ausstellung von Bakterien- und Conditorwaren der verschiedensten Art. Wir werden über dies näher berichten und beweisen für jetzt nur, daß berliner Journals mit besonderer Anerkennung der auf der Ausstellung vertretenen Webstühlefabrikate der Damppf in Wosen und der Mühlentabillen des kgl. Seehandlung in Bromberg gedenken.

— Auf allen Eisenbahnen treten vom 1. November an neue Fahrpläne in Kraft. Der neue Fahrplan sieht die 1. Ostbahn ist bereits festgestellt und wird in Kurzem ausgegeben werden. — Die Ausführung des Bahns derzeitigen Bahnhöfen in den Ostprovinzen, für welche die Mittel bereits vom Landtag bewilligt sind, ist der Direktion der Ostbahn übertragen worden, welche mit Herstellung spezieller Vorarbeiten auf den Linien von Lüslowitz über Graudenz nach Fabianowo mit der dritten festen Brücke über die Weichsel bei Graudenz und von Insterburg über Darkehmen und Goldap nach der russischen Grenze bei Proskau bereits begonnen hat. Die dritte Bahnlinie ist bestimmt die Verbindung von einer Eisenbahnstation in unmittelbarer Nähe von Wosen über Schneidemühl nach Belgard, für welche im nächsten Frühjahr zuerst generelle Vorarbeiten in Ausführung kommen werden.

— In den Festungsgräben brechen neuerdings mehrfach Kinder, welche in dieselben hinaufklettern, Ziegelsteine aus, um dieselben alsdann zu verkaufen. Drei Kinder, die gestern bei einem derartigen „Abbruch“ der Festung Wosen durch einen Unteroffizier erfaßt wurden, sind verhaftet worden.

— Neben den Berist von gewöhnlichen Briefen enthält das „Deutsche Postarchiv“, Beibett zum Postamtblatt, einen lebenswerten Artikel, in dem die Redaktion einige Anmerkungen gemacht hat. Letztere verrathen u. a. die Thatsache, daß die Zahl der während der Postbeförderung aus Versehen in Verlust gerathenden Briefe nicht gering ist. Die Fälle sind keineswegs selten, in denen durch Aneinanderstoßen der Siegel oder des zum Verschluß benutzten Gummitostes, durch Hineingeraufen von Briefen in umfangreiche Zeitungsausgaben oder Warenprobensendungen etc. Verluste an gewöhnlichen Briefen eintreten. — Eine andere Anmerkung verrath die betrübende Thatsache, daß es auch in neuerer Zeit unter den Postbeamten nicht an gräßigen und kleineren Briefmaulern gesetzt hat, welche Briefe sie bei Seite brachten.

r. Der Reg.-Schulrat a. D. Dr. Milewski, welcher bereits seit mehreren Monaten als Direktor des polnischen Vorschulvereins fungirt, ist nunmehr auch in den Vorstand der Attengesellschaft, welche sich zur Erwerbung der Akademie zu Babilowo gebildet hat, gegenwärtig. Graf Cieślowski, der bisherige Besitzer dieser Schule, macht seine Einwilligung zu der Umgestaltung des Instituts in ein Attengymnasium davon abhängig, daß mindestens 20,000 Thlr.haar auf die Atteng eingezahlt werden.

— Der Bilar Solaś in Gnesen ist wegen gesetzwidriger Vornahme von Amtsverhandlungen in der dortigen St. Lorenzkirche am 9. d. zu 2 Thlr. Geldbuß ev. 2 Tagen Gefängnis verurtheilt worden.

x. Eine Parzelle des Reinsteinschen Grundstücks St. Martin 30, welche an der projektierten Straße von der R. Ritter nach der Wallstraße liegt, ist für 5500 Thlr. an den Maurermeister Klinge und das Buttermilde u. Blumenthal'sche Grundstück, Berlinerstraße 24, an den Maurermeister Asmus verkauft worden.

m. Bif. 12. Oktober. Der gefeiert wird angestellte Bilar Barwickowksi ist heute Morgen 5 Uhr auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. Mai er. aus hiesigem Kreise per Bahn entfernt worden. Bei Rücksichten wie bei der Ausweisung des Bilar Barwickowksi kam es diesmal nicht, da die Entfernung Barwickowksi's ruhig und unbemerkt, freilich ganz im Gegensatz zu den Intentionen des jungen „Märklers“, erfolgte.

xx. Braunsch. 10. Oktober. Städtische Darlehnskasse. Die hierzu noch nicht dagewesenen Butterpreise a. Pfund 14 Sgr. geben unseren Haushaltern in mancherlei Klagen Veranlassung, um so mehr als von der zu Markte gebrachten Butter der größte Theil nicht mal das vorgeschriebene Gewicht enthält. Wenn auch hierzu, wie dies in Glogau der Fall ist, die Polizei, derartige politische Übercreitungen nicht allein mit Konstilation der Butler, sondern auch mit Straf- und Veröffentlichtung der Namen der Marktbringer bedroht, so würde sich dieser Uebelstand leicht ausrotten lassen. — Bei dem fürstlich erfolgten Rechnungsabschluß der städtischen Darlehnskasse pro 1873 stellte sich nachstehende Uebersicht heraus. Die sie schloß ultimo 1872 an den Körlerungen für rückständige Darlehen und Binsen mit einem baaren Bestande von rund 400 Thlr. Aufgedachte Forderungen sind im Laufe des Jahres 1873 123 Thlr. eingegangen, und auf die in demselben Jahre gewährten Darlehen sind bis Ende deselben an Kapital 201 Thlr. 25 Sgr., an Binsen 1 Thlr. 14 Sgr. gleich 203 Thlr. 9 Sgr. zurückgezahlt worden, so daß die Einnahme im Summa rund 727 Thlr. beträgt. Die Ausgabe besteht in Appoints von 8 bis 20 Thlr. im Gefammtbetrage von 328 Thlr. Dem ultimo 1873 verbliebenen baaren Kassenbestande von 404 Thlr. treten rückständige Forderungen für Darlehen und Binsen 126 Thlr. hinzu, so daß am Schlusse des Jahres 1873 das Vermögen der

Durchlastasse die Höhe von 529 Thlr. erreichte, also gegen 1872 sich um nur 5 Thlr. erhöht hat. Die seit einigen Jahren bei dieser Fassung eingetretene Geschäftsslosigkeit hat allein ihren Grund darin zu suchen, daß der seit 1866 ins Leben getretene Vorstandverein sich eines immer mehr steigernden Verbrauchs zu erfreuen hat.

XXX Aus dem schmierigen Kreise, 11. Oktober. [Eine schreckliche Historie] Von glaubwürdigster Seite wird mir folgende wahre Begebenheit mitgetheilt. Vor ca. 14 Tagen fuhr der prälat. Arzt Dr. Kunze aus Rons vom Dom. E. wo derselbe als Dominikus fungierte, nach Hause. Unterwegs begegnete ihm der kommunistische Priester Kubicki welcher denselben Weges fuhr. Dr. Kubicki den Geistlichen ein, mit auf seinen Wagen Platz zu nehmen was derselbe auch tat und beide fuhren gemeinschaftlich nach Rons. So weit verlief die Affaire ohne Unfall, doch mit des Gelsicks Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Nun ebenso rasch als der Dominikuswagen wieder in E. eintraf ward auch dieser Vorfall dem frummen Besitzer und der noch frummeren Besitzerin von E. und. Eine solch schwere Sünde fordert auch schwere Sühne. Beslossen wurde also zur Abwendung größerer Unheils: Die Pferde den den ehemaligen Priester nach der Stadt befördern lassen, und nicht von dem Moment des Aufsteigens des Priesters wie Bilewski Esel wie die Mauern stehen blieben, sie sollen dem Tode durch Pulver und Feuer geweiht werden item der Wagen, welcher den verschreckten Priester gefahren, ohne zusammenzubrechen er werde dem Todt geweiht durch Feuer. Ein gütiges Gelsick errettete noch in letzter Stunde die Pferde von ihrem harten Loose. — Der Wagen aber, er ward dem Untergange verurtheilt. Wie Isaak selbst das Holz zu seiner Opferung nach Moria bringen mußte, also mußte auch unter Wagen das zu seiner Opferung kostbare Stroh selbst auf die Richtstätte bringen, alwohin ihm feierlich ernsten Schrittes ein paar traurig gesümme Ochsen zogen. — Der Arzt aber erhielt von der Dominalherreng die Anzeige, daß man auf seine fernere Hilfe verzichte. So erzählt man hier und ich glaube, es wird von Niemandem widerlegt werden.

XX Wreschen, 10. Oktober. [Überfahren. Einschätzungs-Kommission Eisenbahn. Synagogenbau. Simultanschule. Neue Paterne n.] Die Unfälle des idyllischen Fahrzeugs auf Straßen und Plätzen ist in unserer Gegend seit Jahren gerügt worden und hat im Laufe der letzten Wochen wieder zwei Opfer gefordert. In Militslaw wurde kürzlich ein betagter Mann und auf der gesuchten Charsee ein bekannter welscher Arbeitnehmer (Albert) darunter überfahren, daß alsbald der Tod eintrat. Vor diesen Tagen riß in der Stadt selbst ein um eine Ecke jagendes Gespann einen älteren Herrn zu Boden, der glücklicherweise mit dem Stiel und einer kleinen Verletzung am Kopfe davon kam. Ganz besonders gefährlich erscheint der Unfall, daß an Markttagen zahlreiche Fuhrwerke vor den Schänken sich ohne jede Aufsicht befinden, deren Besitzer sich von den Stäppen des Marktlebens erholen, während die hungrigen Thiere das Gefäß ungebürgt hin- und herzerrern. In diesen Fällen, die gar nicht selten die Ursache von Unglücksfällen sind, müßte nachdrücklicher als bis jetzt geschieht, eingehalten werden. Ein weiterer Nebelstand, über den schon mehrfach gelaufen wurde, machte sich am letzten Jahrmarkt wieder bemerklich. Vor fern und nah kommen zu diesem wichtigen Anlaß Bettelstellen in ganzen Familien, die sich selbst, ihre verkrüppelten Beine und ungünstlichen Kinder in den Straßenrummeln zur Schau stellen und die Vorübergehenden um Almosen anfordern. Es geschieht nicht selten, daß sie zur Konserierung ihrer Stimme, der Schnapsflasche im Laufe des Tages so läufig zusprechen, daß man sie Abends unruhig betrunknen auf dem Schauspiel ihres Wirkens oder in irgend einem Chauffeuregabn antrifft. Dass diese Leute Klüpfel sind, mag sehr zu beklagen sein — obwohl das sie nicht ehrt, fruchtbare Ehen zu schließen und ihr Siechthum auf elende Kinder zu vererben. Jedenfalls kann für Unterhalt in anderer Weise gesorgt werden als dadurch, daß man ihnen gestattet den Marktverkehr zu hemmen und in den widersetzlichen Situationen die Vorübergehenden zu belästigen. — Das Wirken der Einschätzungs-Kommission, welcher diesmal auch ein Beanter des bissigen Kreisgerichts seine Lokal-Kenntnisse zur Verfügung stellt hat, schwankt noch wie eine dunkle Wolke über den aufgezogenen Gemüthern und man vermutet hier und da unangenehme Überraschungen. Bald werden die flanigen Steuerjetz der peinlichen Ungewissheit ein Ende machen. — Das anhaltend schöne Herbstwetter ist der Förderung der Arbeiten an der Delitzscher Eisenbahn sehr günstig. Sonntag vor 8 Tagen ging der erste Extrzug von Gnesen nach Militslaw, der mit Musikbegleitung in einem bequem eingerichteten und festlich geschmückten Wagen zahlreiche Gäste beförderte, die dem Weinberge in Winzberg einen Besuch machten und des Abends im Pavillion-Saal sich zu einem fröhlichen Soaper vereinigten. Auch der Bau der bissigen Synagoge, zu der im Frühjahr der Grundstein gelegt wurde, schreit rüttig vorwärts und wird in Jahresfrist voraussichtlich ganz zu Ende geführt werden. — Das Projekt der Simultanfahne, von dem ich seit Jahr und Tag alle sechs Monate ein Mal das traurige Vergnügen zu berichten habe, ist wiederum einen kleinen Schritt gefördert. Die Schul-Sozietäten haben sich über den Preis des evangelischen Schulgrundstückes, welches für die Zwecke der Simultan-Schule eingerichtet werden soll, verständigt und den Etat vollständig aufgestellt. Nach menschlichem Ermessens könnte die Schule spätestens zum 1. Juli nächsten Jahres in Wirklichkeit treten, doch mawen die bisherigen Erfahrungen die Sicherheit einer jeden auch noch so bestätigten Hoffnung fraglich. Als im vergangenen Jahre die Repräsentanten für beide Schulgemeinden gewählt waren, lag die Sache vier oder fünf Monate bei der Königlichen Regierung, ehe der wichtige Bescheid erging; daß die Repräsentanten befähigt würden. Und dabei batte der Herr Kultus-Minister wiederholt seine Theilnahme für diese traurige Angelegenheit gedauert. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Sache ein Mal energisch gefördert und das Projekt endlich ein Mal zur That würde, damit man nicht mehr nötig hat seine Kinder von hier nach Budowiz oder Klecko (1) in vorherige Privatschulen zu schicken. — Der Magistrat hält jetzt mit Strenge auf die Befolgung einer alten Polizei-Vorschrift, wonach jeder Schuhner vor seinem Hof eine anständige Paterne anbringen und Abends erleuchten müsse. Etwas mehr Licht kann nicht schaden. Die Gastwirthe behaupten allerdings, es werde jeder Mann auch ohne Paterne vorhin finden „wo man einen Guten findet“ und wollen gegen die Maßregel Protest einlegen. Wie sind aber überzeugt, daß die k. Regierung im Sinne der Lichsfreunde entscheiden wird.

— r. Nurnstadt, 11. Oktober. [Vacanz. Orgel. Gesangbuch] Am 1. d. M. verließ der Sektor unserer Schule Herr Prediger Schmidt unsere Stadt, woselbst er 5 Jahre hindurch in Kirche und Schule segenreich gewirkt, um sein neues Amt als Pastor in der Nähe von Guben anzutreten. Wie verlautet, beabsichtigt man die vacante gewordene Dirigentenstelle nicht wie bisher durch einen Theologen, sondern durch einen pro rectorata geprüften Lehrer zu besetzen. — Für unsre Kirche wird durch den Orgelbauer Diese in Berlin eine neue Orgel mit 17 klingenden Stimmen gearbeitet. Die Kosten derselben — ca. 2000 Thlr. — trägt zu 2/3 die königl. Regierung als Patron der Kirche. — Vom 1. Januar 1875 ab wird statt des bisherigen posener d. s. nüchternen Gesangbuchs in unserer Kirche eingeführt werden.

— r. Wollstein, 11. Oktober. [Vorstellungsvorträge] Die im Fragebogen vorgefundenen Fragen wurden durch Vereinsmitglieder sofort beantwortet. — Der Schuhmachermeister Dr. Gottlieb Weiß von hier begann am 9. d. M. das seltene Fest des 50jährigen Bürger- und Meisterjubiläums. Die hier bestehende Schuhmacherinnung beehrte denselben an diesem seinem Ehrentage mit einem wertvollen Geschenk, bestehend aus einem Sessel und einem gestickten Kissen. Auch von anderen Seiten wurden ihm vielfache Ovationen zu Theil.

Bromberg, 12. Oktober. [Selbstmord]. Als am Sonnabend Morgen der Zug Bromberg-Dresden von hier abfuhr und in die Gegend des Rinkauer Waldes kam, warf sich plötzlich ein anständig gekleideter Mensch auf die Schienen und wurde von der Lokomo-

tive sofort gebündet. Den bei ihm gefundenen Papieren nach soll es ein Kaufmannesohn aus B. Friedland sein.

E. Exin, 10. Oktober. Bei der neulichen Gemeindekirchenrath-Sitzung, zu der auch die Gemeindevertreter einberufen waren, wurde auf Vorschlag des Hauptmanns von Bülow auf Barawia in Anbetracht der gestiegenen Preise das Pfarrgehalt aus den Pfarrgehaltsbeiträgen einschlägig von 420 Thlr. auf 500 Thlr. erhöht, wodurch das Gesamteinommen des Pfarrers neben freier Wohnung auf 1000 Thlr. gebracht worden ist.

— 1. Bielefeld, 9. Oktober. [Der entwickele Biskar von Radziwiłł] ist wegen einer von ihm vor einiger Zeit angeführten, aber bei der Polizei nicht angezeigten Flugprozeß zu 5 Thalern Strafe resp. entsprechender Gefängnishaft verurtheilt worden. Der dieser Gefahr ähnlich Entronnen wird sich mit dem bekannten Nürnberg Sprichwort zu trösten wissen.

X. Inowracław, 9. Oktober. [Unteroffiziersfortbildungsschule. Erntebereich. Brandungslücke] Vortrag. Geistesfragen a. f. Toller Hund. Circus] Beim bissigen Bataillon (2. 49. Inf. Regt.) ist auch in diesem Jahre für das folgende Wintersemester ein Unterrichtskursus für Unteroffiziere und Gefreiten eingerichtet worden. Die Schüler werden in zwei Klassen unterrichtet. Den Unterricht erhalten der Pr. Lent. Hauelmann, der städtische Lehrer Kruger und der Feldwebel Volkerhagen. — Der Ausfall der diesjährige Ernte ist im Allgemeinen günstiger, als bei der seit Mitte Junt angehaltenen Dürre zu erwarten war, momentlich sind die Erträge an Rüben fast gut zu nennen. Der Segen einer guten Ernte, welcher sowohl Produzenten als Konsumenten mit Freude erfüllen möchte, hat sich bei uns indes noch bei beiden nicht in entsprechendem Verhältnis geäußert. Der Landmann klagt über billige Getreidepreise und meint, das Plus an Rüben gebe in dem Minus der Preise auf, der Konsument aber, momentlich in der Stadt, verspürt von diesem Segen noch weniger, denn das Brot und die Semmel haben trotz niedriger Getreidepreise ihre Miniatur-Ausgabe beibehalten. — Am 1. d. M. entstand auf dem Gehöft des Wirths Pafahl in Jordanowo Feuer, durch das ein großer Theil der Wirtschaftsgebäude zerstört wurde. Den härtesten Schlag hat der Berunglücker durch den Verlust zweier Kinder im Alter von 4 und 2 Jahren erhalten, die sich in dem brennenden Wohnhause befanden und deren Rettung bei dem schnellen Umschreiten des Feuers unmöglich wurde. Auch an seinem Bistand hat P. eine bedeutende Einbuße erlitten.

— Im bissigen Handwerkerverein hielt am Dienstag Hr. Gymnasiallehrer Dr. J. in einem Vortrag: Ueber den Bildungsdrang unserer Zeit. — Von den bissigen Polizeibüroden wird auf einen Hermann Burghardt, Sohn des Oberamtmanns Burghardt zu Wangau im Kreise Schröda, vigilirt. Hermann B., welcher seit einigen Monaten geisteskrank ist, ist in der Nacht vom 26. zum 27. September et. dem elterlichen Hause entlaufen; sein letzter Aufenthaltsort ist unbekannt. In Güldenhof ist gestern ein toller Hand getroffen worden. — Am 11. d. M. eröffnet der Circus Blumenfeld hier seine Vorstellungen.

k. Schneidemühl, 12. Oktober. [Kirchweih. Schwargrich i. Kartoffelernte] Unser Reichstagabgeordneter, Herr Dr. Kitzing, hat auf seinem Rittergut Djembow, 1½ Meilen von Schneidemühl entfernt, eine schöne evangelische Kirche erbauen lassen. Gestern ist dieselbe durch den Generalsuperintendenten, Herrn Dr. Granz aus Posen, welcher sowohl Produzenten als Konsumenten mit Freude erfüllen möchte, hat sich bei uns noch bei beiden nicht in entsprechendem Verhältnis geäußert. Der Landmann klagt über billige Getreidepreise und meint, das Plus an Rüben gebe in dem Minus der Preise auf, der Konsument aber, momentlich in der Stadt, verspürt von diesem Segen noch weniger, denn das Brot und die Semmel haben trotz niedriger Getreidepreise ihre Miniatur-Ausgabe beibehalten. — Am 1. d. M. entstand auf dem Gehöft des Wirths Pafahl in Jordanowo Feuer, durch das ein großer Theil der Wirtschaftsgebäude zerstört wurde. Den härtesten Schlag hat der Berunglücker durch den Verlust zweier Kinder im Alter von 4 und 2 Jahren erhalten, die sich in dem brennenden Wohnhause befanden und deren Rettung bei dem schnellen Umschreiten des Feuers unmöglich wurde. Auch an seinem Bistand hat P. eine bedeutende Einbuße erlitten.

— Im bissigen Handwerkerverein hielt am Dienstag Hr. Gymnasiallehrer Dr. J. in einem Vortrag: Ueber den Bildungsdrang unserer Zeit. — Von den bissigen Polizeibüroden wird auf einen Hermann Burghardt, Sohn des Oberamtmanns Burghardt zu Wangau im Kreise Schröda, vigilirt. Hermann B., welcher seit einigen Monaten geisteskrank ist, ist in der Nacht vom 26. zum 27. September et. dem elterlichen Hause entlaufen; sein letzter Aufenthaltsort ist unbekannt. In Güldenhof ist gestern ein toller Hand getroffen worden. — Am 11. d. M. eröffnet der Circus Blumenfeld hier seine Vorstellungen.

Blatts- und Volkswirtschaft. ** Aufhebung des Konkurses bei Aktien-Gesellschaften. Eine für Aktiengesellschaften wichtige Frage liegt so eben dem Kammergericht zu Berlin für Entscheidung vor. Auf Antrag der früheren Direktoren der Baumohlen-Bergbau-Gesellschaft Bad Rüdersdorf willkämen sämtliche Gläubiger in die Aufhebung des über die Gesellschaft verhängten Konkurses. Die Directoren reichten hierauf dem Berliner Stadtgericht, unter Beifügung aller nötigen Dokumente, das Gesuch um Aufhebung des Konkurses ein. Das Stadtgericht hat die Directoren abschlägig beschieden und die Aufhebung des Konkurses verwirkt, weil nach dem Handelsgesetz die Gesellschaft gesetzlich aufgelöst ist, sobald sie in Konkurs verfällt und in Folge dessen die Liquidation in den Formen des Konkursverfahrens erfolgen müsse. Das Konkursgesetz hebt belanglos Konkurse auf, wenn sämtliche Gläubiger in die Aufhebung willigen, daß Stadtgericht bestreitet, daß die Wohlthat des Gesetzes sich auch auf Aktiengesellschaften erstrecke. Gegen diese Entscheidung ist die Appellation bei dem Kammergericht einzureichen werden. Die Meinungen in juristischen Kreisen über diesen Fall sind sehr gespalten und man steht mit Spannung dem Entscheid des Kammergerichtes entgegen.

Vermischtes.

* Die stigmatisierte Louise Batean wird in Michałkowiz, Kreis Kattowitz, verehrt. Sonntag, den 4. Oktober e., bei Gelegenheit des Kirchenblusses wurde die Figur der Stigmatisierten den Gläubigen zur Verehrung gezeigt, nachdem dieselbe auf Veranlassung Boguski'schen Nonnen von dortigen Steinbrechern für den Preis von 40 Thlr. angeschafft worden war. Werther soll man sich mehr wundern über die Durstigkeit der Landbevölkerung, oder über die Geißelnden, die solchen Blödsinn dulden. Welcher Druck mag von oben ausgeübt werden, wenn wegen ihrer Toleranz sonst allgemein beliebte und geachtete Priester zum Mittel des Götzendienstes greifen, um die ungewisse Menge zu lödern. Es ist hierans zu erscheinen, daß in Oberschlesien noch ein gutes Stück Arbeit zu vollbringen ist, um die unteren Volksdörfern einigermaßen aufzuhüllen. Zu wünschen wäre, daß die Volksbildungsbvereine durch größere Verbreitung das ihrige mit beitragen möchten. (Schlef. Pr.)

* Aus Bris geht der „N. B. Z.“ folgendes Schreiben zu: „Bei Gelegenheit der in vergangener Woche vom Kaiser in der Schorfhaide abgehaltenen Jagd war nachstehende „Unterthänigste herzliche Bitte“ vor der Ehrenporte an der britischen Haltestelle in großer Schrift angebracht: „Wohin Du kommt Tag oder Nacht, — Has Segen Du dem Land gebracht; — Los, Herr, auch uns ihn Christus nah' — Und gib uns an der Eisenbahn, — Hier, wo Dein Fuß betrifft das Land. — Ein Segensvental Deiner Hand. — Ein Wint von Dir, so wir's geschriften: — Wir dürfen nicht nach Neustadt gehen; — Personenpost und Güter schnell — Befördernde die Haltestelle; — Befreit wäre alle Dual — Für Golzow, Bris, Joachimsthal. —“ Diese als Plakat aufgestellte Bitte soll Sr. Majestät auf Hubertstock noch in besonderer Abschrift überreicht worden sein, und ist zu wünschen, daß dieselbe von dem gehofften Erfolge begleitet sein möge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 13. October.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Ritter-Gutsbesitzer Student mit Familie aus Albrechtsdorf, Nodaz und Frau aus Lissa, Stadtrath Koschender aus Bromberg, Berg-Inspectoren Kühnert und Obricht aus Waldenburg, Frau Rittmeister Freitag aus Podobowitz, Oberförster Bähr a. Lusatia, Hauptmann Graf Stülfried a. Moritzburg, die Kaufleute Morenowitz aus Paris, Leist aus Stettin, Silberstein a. Breslau, Behrendt, Riese, Elze, Krohn, Brein und Eitig, Böter aus

Kemnitz, Voigt aus Bromberg, Tesselschohn a. Manheim, Grützner aus Dresden, Bischof aus Lüneburg.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Ritter-Gutsbesitzer Frau Nehring und Sohn aus Kolobziewo, Hiltien-Inspektor Jüttner aus Breslau, Ritterhofrat Baron von Winterfeldt aus Mur-Goslin, Lieutenant Wiedemann aus Gnesen, die Kaufleute Krause und Frau aus Breslau, Peifer, Dollin und Kubica aus Breslau, Weber aus Magdeburg, Wild aus Polozewo, Rothschild aus Lübeck, Schumann aus Lübeck, Lübbe und Fontaine aus Berlin.

— BÖHL DE BUCKOW. Rittergutsbesitzer v. Gajewski aus Wolstein, Graf Górecki aus Górecke, die Gutsbesitzer Adamski aus Popow, v. Kierski aus Pogorza, Kaufmann Seippel a. Stettin, Reisender Lenz aus New-York, Frau Neumann und Tochter aus Breslau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Ritter-Gutsbesitzer Schade aus Barbin, Prediger Baer aus Fraustadt, Stadtmaster Preuß aus Breslau, die Kaufleute Fischel aus Breslau, Rosenhain a. Dobrin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute: Groeneveld a. Bunderland, Geyger a. Leipzig, Wachs a. Dresden, Lewy a. Krotoschin, Melzer a. Leipzig, Gutsbesitzer Selski a. Chociecia, Stadtmaster Peters a. Leipzig, Ingenieur Meller a. Ostromo, Machinemaster Schadoff a. Landsberg a. W., Viehleiter Aggen a. Bingerl i. Meckl.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Die Kaufleute: Lewin aus Rydzewo, Koltynski aus Jerzyce bei Inowracław, Hirschfeld sen. u. jun. aus Margonin, Frau Neumann aus Marianow, Biecz, Wydrowski aus Kletschewo, Sophia aus Tarnobrzeg in Galizien, Kantor Grodzinski aus Goldin, Geschäftsmann Eisenberg a. Milawa.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute: M. Kubo aus Tirska, Engel, Otto Scholze aus Magdeburg, Bernhard, Aulay aus Breslau, Zyłkowiak aus Magdeburg, Markiewicz aus Warthau, Wolf aus Mühlhausen, Schäfer aus Dresden, Lieutenant Hildebrandt aus Liegnitz, Inspektor Borsig aus Breslau, Fabrikbes. Henry Ford aus Breslau.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Kaufmann Fabloni, Uhrmacher Karlewski aus Grätz, Gutsbesitzer v. Sawicki aus Posen, Oberförster Barowicz aus Breslau, Inspektor Hirsch aus Karlowo. Die Kaufleute Spiro aus Breslau, Franke aus Breslau, Schneider aus Pest. Beamter Dydorski aus Polen. Kommiss-Sander aus Posen.

Möbel-Auktion.

Mittwoch, den 14., von 9 Uhr ab werde ich Sapiehoplex Nr. 6 verschiedene Möbel verauktionieren.

Geb., Auktions-Kommissarius.

Berliner Viehmarkt.

S Berlin, 12. Oktober. Auf heutigen Viehmarkt waren an Schlachtwieh zum Verkauf angetrieben: 2215 Stück Hornvieh, 7172 Stück Schweine, 9787 Stück Schafe, 1148 Stück Rinder. Die Bußtriften waren etwas stark, beeinträchtigten aber nicht eigentlich das Verkaufsgeschäft. Rinder waren in guter Qualität gebrüht, von niedrigerer guter Ware bis zu größerer Überland zurück, bezahlt wurde für Ia. 19—21½ Thlr., IIa. 15—17½ Thlr., IIIa. 12—14 Thlr. pr. 100 Pf. Fleischgewicht. Schweine gingen schwerer ab. Beste fette Kernware erzielte 20—21 Thlr., geringere 17—18 Thlr. pr. 100 Pf. Fleischgewicht. Hammel verkauften sich schwärmiger und mangten die Preise etwas nachgedrückt. Schwere Thiere holten 7—8 Pf. pr. 100 Pf. Fleischgewicht. Kälber mußten sich mit Mittelpreisen begnügen.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 12. Oktober, Nachmittags. (Getreidemarkt) Spiritus pr. 100 Liter 100 Pf. pr. Oktober 18%, pr. November-Dezember 18%, pr. April-Mai 56½ Mt. Weizen pr. Oktober 61 Roggen pr. Oktober 53, pr. November 51, pr. April-Mai 146 Mt. Rüböl pr. Oktober 17%, pr. Nov.-Dezbr. 17%, pr. April-Mai 57½ Mt. — 3tnf 22 Mt. 10 Pf. bez.

Hamburg, 12. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine neu, Rothen loco still, auf Termine still. Weizen 126 pf. pr. Oktober 1000 Kilo netto 124 B., 182 G., pr. Oktober-Nov. 1000 Kilo netto 182 B., 181 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 182 B., 181 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 183 B., 181 G. Roggen pr. Oktober 1000 Kilo netto 147½ B., 146½ G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 147½ Br., 146½ G., pr. Nov.-Dezember 1000 Kilo netto 148 B., 147 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 148 Br., 147 G. Hafer fest. Gerste still. Rüböl rubig. loco u. pr. Oktober 55, pr. Mai 59. Spiritus still, pr. Oktober 55, pr. November 48½, pr. November-Dec. 50. Rüböl unb., loco 10, pr. Oktober 94, pr. Mai 31 Mt. 70 Pf. Reinöl loco — %.

Bremen, 12. Oktober

Berlin, 12. Oktbr. Wind: S. Barometer 27, 11. Thermometer frisch + 9° R. Witterung: besser.
Der Markt nahm auch heute einen recht matten Verlauf. Roggen wurde Anfangs stark ausgeboten. Der Handel in Kolonware entwickelte wenig Gesamtheit; einige Partien aus der Kündigung gingen in den Konsum und zum Ex ori über. Gefündigt 27,000 Gr. Kündigungspreis 19½ R. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl behauptet. — Weizen flaut sehr stark und mühte auf alle Sichten erheblich billiger erlassen werden. — Hafer war wohl schwieriger verkauflich, als in den letzten Tagen; Termine zeigten eine entschieden rückwärtige Bewegung. Gefündigt 5000 Gr. Kündigungspreis 61½ R. per 1000 Kilogr. — Rüböl behauptete sich nicht im Werthe, die wenigen Käfer kündigten sich etwas billiger vorzutragen. Gefündigt 1000 Gr. Kündigungspreis 17½ R. per 100 Kilogr. — Petroleum. Gefündigt 40 Barrels. Kündigungspreis 68 R. per 100 Kilogr. — Spiritus war fast und eher mat. Gefündigt 120,000 Liter. Kündigungspreis 18 R. 25 Sgr. per 10,000 Liter v. Et.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 59—73 R. nach Dual. gef., selber per diesen Monat 58½—57½ R. Oktbr. do. Nov.—Dez. 58½—58 R. Dez. Jan. — April—Mai 182½—180 R. R. M. bz. — Roggen loko per

Breslau, 12. Oktober.

Ablaufend.

Freiburger 105%. do. junge 101%. Oberschles. 167%. N. Oder-Upper St. A. 119%. do. do. Prioritäten 119. Frankothen 187%. Lombarden 83%. Italiener —. Silberrente 68½. Rumänier 40. Breslauer Distanzbank 91%. do. Wechsler 79. Schles. Bank 114. Kreditaktien 144%. Kaufhütte 120%. Oberschles. Eisenbahnbud. —. Österreich. Landa. 92%. Russ. Banknoten 94. Bresl. Mallerbank —. do. Maller. B. & B. —. Prov.-Mallerb. —. Schles. Ber. einsbank 92%. Deutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. —

Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 12. Oktober, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 93%. Russische Anleihe 98%.

Spekulationsweite in Folge von Deckungsläufen ziemlich fest, Börsen und Banken matt.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien —, Frankothen —, Lombarden —, Galizier —.

[Schlußkurse] Londoner Wechsel 119%. Pariser Wechsel 94%. Wiener Wechsel 107%. Frankothen 328%. Böhmis. Wechsel 211%. Lombarden 146%. Galizier 252%. Elisabethsbahn 205%. Nordwestbahn 169%. Kreditaktien 252%. Russ. Bodenkredit 90% Russen 1872 98%. Silberrente 68%. Papierrente 63%. 1860er Wechsel 106. 1864er Wechsel 169%. Amerikaner de 82 97%. Deutscher Österreich. 83%. Berliner Bankverein

Berlin, 12. Oktober. Während der gestrige Privatverkehr noch eine sehr mate Tendenz verhielt und die Course der spekulativen Hauptwerthe ausnahmslos wesentliche Einbußen erlitten, überdies das Geschäft und die Umsätze recht bedeutende Ausdehnung erlangten, griff heute im Allgemeinen eine etwa seitere Haltung Platz; die Course aber verbreiteten sich zumeist wesentlich unter dem Sonnenbogen-Niveau. Nichtsdestoweniger entfaltete auch heute die Spekulation etwas größere Regsamkeit, als in der letzten Woche, nur trat noch immer die Kontremine mit unsanghaften Verkäufen hervor. Die auswärterigen Notierungen boten keine Anregung dar und wiesen erst schließlich anziehende Course auf.

Der Kapitalsmarkt zeigte ziemlich behauptete Course, aber nur für einige inländische Anlagewerthe, ergab sich regerer Begehr; andere Kassawerthe blieben still, so daß die Umsätze in ihrer Gesamtheit nur wenig belangreich aussahen. Die Lage des Geldmarktes hat sich im Wesentlichen nicht verändert; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto 4% Prozent für erste Devisen.

Bonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 12. Oktober 1874.

Deutsche Bonds.

Consolidirte Anl.	1105½	bz
Staats-Anleihe	1100	bz
do. do.	100	bz
Staatschuldch.	92½	bz
Prm. St. Anl. 1855	132½	bz
Kurh. 40. Th. Ob.	76½	bz
R. u. Neum. Schild.	94½	bz
Öderdeichbau-Ob.	101	bz
Berl. Stadt-Ob.	102½	bz
do. do.	102½	bz
do. do.	89½	bz
Berl. Börse-Ob.	100½	bz
Berliner	101½	bz
Kur. u. Neum.	87½	bz
do. do.	95	bz
Ostpreußische	103½	bz
do. do.	88½	bz
Pommersche	87	bz
do. neue	96	bz
Posen'sche neu	94½	bz
Schlesische	85	bz
Westpreußische	85½	bz
do. do.	94½	bz
do. Neuland.	94½	bz
Kur. u. Neum.	11½	bz
Pommersche	98½	bz
Polen'sche	97½	bz
Preußische	97½	bz
Weltw.-West.	98	bz
Sächsische	98½	bz
Schlesische	97½	bz
Goth. Pr. Pfob. I.	106½	bz
Pr. Bd. Cr. Hyp.	102½	bz
B. undfnd. I. u. II.	102½	bz
Pomm. Hyp. Pr. B.	105½	bz
Pr. Cr. B. Pfob. Ibd.	100½	bz
do. Würzburg. Junt.	107½	bz
Krupp Pt. D. rückt.	100½	bz
Rhein. Prv. Ob.	101½	bz
Inhalt. Rentenbr.	98	bz
Meiningen. Loope	5½	bz
Mein. Hyp. Pfob. B.	100	bz
Hmb. Pr. A. v. 1866	54½	bz
do. Pr. A. v. 1866	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103	bz
Bair. Pr. Anleihe	117½	bz
Def. St. Pr. A.	111½	bz
Züber. do.	55½	bz
Neuebad. 35½. Loope	41	bz
Badische St. Anl.	103</td	